

Pressemitteilung

Philippinen / Abschaffung der Todesstrafe

Trend gegen Todesstrafe unaufhaltsam!

Berlin, 07. Juni 2006 – „Wir begrüßen die Abschaffung der Todesstrafe auf den Philippinen ausdrücklich“, erklärte Jochen Range, Philippinen-Experte der deutschen Sektion von amnesty international (ai). „Damit machen die Philippinen einen großen und wichtigen Schritt in Richtung Achtung der Menschenrechte. Weltweit geht der Trend gegen die Todesstrafe unaufhaltsam weiter.“

Die Philippinen hatten die Todesstrafe schon ein Mal nach dem Ende der Marcos-Diktatur 1987 abgeschafft – als erster asiatischer Staat. 1993 wurde die Todesstrafe allerdings wiedereingeführt. 1999 wurden sieben Todesurteile vollstreckt. Ende Juni 1999 scheiterte eine Begnadigung auf tragische Weise: Ein Mann wurde hingerichtet, weil der Telefonanruf, mit dem die Begnadigung ausgesprochen werden sollte, irrtümlich auf ein Faxgerät geleitet wurde. Danach erklärte der damalige Präsident Joseph Estrada ein Moratorium für Hinrichtungen, das seine Nachfolgerin Gloria Macapagal Arroyo beibehielt.

In ihrer diesjährigen Osteransprache kündigte Präsidentin Macapagal Arroyo an, alle Todesurteile in lebenslange Haftstrafen umzuwandeln. Zu diesem Zeitpunkt drohte mehr als 1.200 Häftlingen die Hinrichtung. Jetzt haben beide Kammern des philippinischen Parlaments ein Gesetz verabschiedet, das die Todesstrafe vollständig abschafft. „Wir hoffen nun auf die Signalwirkung für andere asiatische Länder“, sagte Range.

Damit steigt die Zahl der Staaten, die die Todesstrafe nicht mehr anwenden, auf weltweit 125. Ihnen stehen 71 Staaten gegenüber, die an dieser Strafe festhalten. „Der Trend zur weltweiten Ächtung der Todesstrafe geht auch 2006 weiter“, erklärte Oliver Hendrich, ai-Experte für die Todesstrafe. „Die Philippinen kehren endlich in das Lager der Länder zurück, die auf die Todesstrafe verzichten.“

amnesty international wendet sich in allen Fällen gegen die Todesstrafe. Die Todesstrafe ist eine Verletzung des Rechts auf Leben und des Rechts, keiner grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterworfen zu werden. ai ruft alle Staaten auf, die Todesstrafe abzuschaffen und bis dahin deren Anwendung einzuschränken oder auszusetzen.

Kontakt ai-Pressestelle:

Tel. 030 - 420248-306

E-Mail: presse@amnesty.de